



Antwort der Kreisverwaltung Teltow-Fläming auf die Anfrage Nr. 6-4223/20-KT des Abgeordneten Matthias Stefke, Fraktion BVB/Freie Wähler, vom 25. Juni 2020 zum Thema „Aktuelle Raumsituation im Kreishaus und in den Außenstellen des Straßenverkehrszulassungsamtes“

Sachverhalt:

Aus den letzten Sitzungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und des Kreistages haben sich Nachfragen ergeben, um deren Beantwortung ich bitte.

Sowohl den Unterlagen, als auch der MAZ war zu entnehmen, dass das „Kreishaus ...wohl bald zu klein“ ist und dass auch die Außenstellen der Kreisverwaltung akute Platzprobleme haben. Zudem, so war den Unterlagen und der Presse zu entnehmen, ergibt sich bei vielen Objekten ein sehr hoher Sanierungsbedarf.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Woher resultiert der Platzmangel im Kreishaus?
2. Müssten nicht aufgrund der vielen unbesetzten Stellen in der Kreisverwaltung ausreichend Büroplätze verfügbar sein?
3. Welche Maßnahmen wurden, neben einem geplanten Liegenschaftskonzept, bereits ergriffen, um das Problem zu lösen?
4. Wer wird dieses Konzept erstellen?
5. Wie hoch ist der Anteil an Archivflächen im Kreishaus?
6. Wie ist der Sach-/Abarbeitungsstand bei der Digitalisierung abgeschlossener und laufender Akten?
7. Warum soll die Zulassungsstelle in Zossen geschlossen werden?
Welche Einsparungen werden damit erzielt?
Was passiert mit dem Objekt, in dem sich die Zulassungsstelle befindet?
Welche Kosten sind mit der geplanten Außenstelle in Blankenfelde-Mahlow verbunden?
Welche Kosten sind mit der geplanten Erweiterung bzw. einer neuen Zulassungsstelle in Luckenwalde verbunden?
Bitte stellen Sie in einer Übersicht die Kosten und Einsparungen der einzelnen geplanten/bestehenden Zulassungsstellen dar.
8. Wie viele Fallbearbeitungen gab es 2019 in den jeweiligen Zulassungsstellen Zossen und Luckenwalde?
9. Wie verteilen sich diese Fälle auf die kreisangehörigen Kommunen in Teltow-Fläming?

* Die genannte E-Mail Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung

Öffnungszeiten:

Montag und Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr

Telefon: 03371 608-0
Telefax: 03371 608-9100
USt-IdNr.: DE162693698

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
Gläubiger-ID: DE 87 LTF 000 002 134 52
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE86 1605 0000 3633 0275 98

Einzelne Beratungsdienste haben andere Öffnungszeiten. Diese erfahren Sie über die Telefonzentrale oder im Internet.
Sie können Ihr Anliegen nach Absprache mit dem Mitarbeiter auch Mo, Di, Mi, Do bis 19:00 Uhr und Fr bis 16:00 Uhr in der Kreisverwaltung erledigen.

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Das Kreishaus Am Nuthefließ in Luckenwalde wurde vor 20 Jahren für 650 Beschäftigte konzipiert und gebaut. Damit verbunden ist das Belegungskriterium der Zwei-Personen-Büros für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den letzten Jahren hat sich der Landkreis Teltow-Fläming wirtschaftlich sehr erfolgreich entwickelt, was nicht zuletzt an den stetig steigenden Einwohnerzahlen deutlich wird. Aufgabenzuwächse wie auch Fallzahlensteigerungen und ein höheres Antragsaufkommen bedingen Entscheidungen zur Personal- und Stellenertüchtigung. Auch sind für die eigene Nachwuchsgewinnung temporär Praktikumsplätze für die Auszubildenden und Studenten im Kreishaus sicher zu stellen.

Zusätzlicher Raumbedarf für die Kreis Aufgabe Rettungsdienst führte bereits dazu, dass für den Bürobedarf des Eigenbetriebes ein externes Objekt in Luckenwalde angemietet wurde. In diesem Objekt hat auch die Rettungsdienst GmbH ihre Räumlichkeiten. Die ehemaligen Räumlichkeiten für den Rettungsdienst im Kreishaus wurden dem Gesundheitsamt zugeordnet, um die zusätzlichen Aufgaben im Rahmen der Corona Pandemie, wie die Kontaktermittlung, abzuleisten. Aktuell wird der Landkreis dabei von zusätzlichen Kräften der Bundeswehr unterstützt.

Im Rahmen der Entwicklung des Bildungs- und Kulturzentrum mit Kreismedienzentrum und der Kreisvolkshochschule am Standort Dessauer Straße in Luckenwalde (Maßnahme aus dem Haushaltssicherungskonzept 2014) sind jetzt alle Aufgaben und Personalstellen der Kreisvolkshochschule zentralisiert. Die Büroräume, die durch die Kreisvolkshochschule im Kreishaus genutzt wurden, sind dem Raumbedarf für neue Stelleninhaber zugeführt worden. Zurzeit können alle Beschäftigten im Kreishaus gemäß Arbeitsstättenverordnung unter sehr guten Arbeitsbedingungen arbeiten. Auch sind die Kapazitäten von Zwei-Personen-Büros für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch nicht ausgeschöpft.

Mit der weiteren Besetzung der offenen Stellen können die vorhandenen Bürokapazitäten im Kreishaus an ihre Grenzen stoßen. Jährlich ist zudem mit Situationen umzugehen, dass Beschäftigte in Elternzeit und Mutterschutz sowie langzeiterkrankt sind und dadurch Büroräume nicht genutzt werden. Die weitere Digitalisierung der Verwaltung und Nutzung von Homeoffice werden den Weg für neue Lösungen im modernen Raummanagement freimachen, beispielsweise die flexible Nutzung von Büros. Strategien und gute Erfahrungen gibt es bereits in der Wirtschaft und zunehmend auch mehr im öffentlichen Dienst, wo der Weg von den Personen bezogenen Büros hin zu mehr Flexibilität bereits beschritten wird. Die Nutzung von Telearbeit wird von den Beschäftigten der Kreisverwaltung, wie eine Umfrage der Gewerkschaftsgruppe Verdi 2017 zeigte, sehr nachgefragt. Insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird dabei als Grund benannt. Die Verwaltung arbeitet schwerpunktmäßig an der technischen Umsetzung der Telearbeit, die den Zugriff auf die Fachanwendungen ermöglicht. Bis Ende des Jahres soll Telearbeit in der Kreisverwaltung möglich sein.

In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, ob zukünftig tatsächlich Platzmangel besteht.

zu Frage 4:

Das Konzept wird in Verantwortung des Dezernates I federführend vom Hauptamt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zentrale Steuerung, Organisation und Personal erstellt. Es findet eine enge Abstimmung mit den Fachämtern statt, die, wie das Sozialamt, das Jugendamt, Das Amt für Bildung und Kultur und das Straßenverkehrsamt, die Aufgaben an dezentralen Standorten/Außenstellen erfüllen.

zu Frage 5:

Die Nutzflächen des Verwaltungs- und Kreisarchivs, der Archive des Gesundheitsamtes, der Unteren Bauaufsicht sowie des Katasteramtes betragen insgesamt ca. 1.092 m². Das sind ca. 5,1 % der Gesamtfläche des Kreishauses. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass sich das Archiv des Gesundheitsamtes zum größten Teil am Standort Grabenstraße befindet.

zu Frage 6:

Der Sachstand ist hier sehr unterschiedlich, weil die Digitalisierung von Akten nicht nur an technische Voraussetzungen gebunden ist, sondern auch an einheitliche Handlungsparameter und Basiskomponenten auf Landes- und Landkreisebene. Elektronische Vorgangsakten werden bisher nur dort geführt, wo auch die Vorgänge selbst elektronisch bearbeitet werden.

Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen ist im Aufgabenbereich des Straßenverkehrsamtes weit vorangeschritten. Bereits die zentrale Führung der Register über die Fahreignung, die Fahrzeuge und Fahrerlaubnisse beim Kraftfahrt-Bundesamt bedingt eine digitale Speicherung und den Austausch von Daten. Die weiteren Vorgangsakten sind in einem digitalen DMS abgelegt.

Das Straßenverkehrsamt ist also Nutzer des Dokumenten-Management-Systems (DMS). Die Digitalisierung von Papierakten erfolgt nach dem Stand der Technik, sodass die elektronischen Dokumente mit den Papierdokumenten bildlich und inhaltlich übereinstimmen. Im Einzelfall kann der Zustand bzw. Umfang von Papierakten einen erheblichen Aufwand bedingen. In diesen Fällen muss von der Übertragung eines Papierdokuments abgesehen werden, wenn die Übertragung einen unverhältnismäßigen technischen Aufwand erfordert. Eine Ermächtigung hierzu erteilt § 7 Abs. 1 des Brandenburgischen E-Government-Gesetzes¹.

Im Bereich der Fahrzeugzulassung ist der Digitalisierungsgrad bereits so weit entwickelt, dass die Zulassung von Fahrzeugen bis hin zur Zahlung der anfallenden Gebühren internetbasiert durchgeführt werden kann (internetbasierte Zulassungsverfahren). Das Land Brandenburg stellt auf der Basis des BbgEGovG dem Landkreis die erforderlichen IT-Basiskomponenten zur kostenfreien Mitnutzung bereit.

Aktuell wird mit dem Projekt „Einführung der E-Akte Ausländerbehörde“ ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung der Verwaltungsverfahrensbearbeitung unternommen.

Das Land Brandenburg stellt auf der Basis des BbgEGovG dem Landkreis die erforderlichen IT-Basiskomponenten zur kostenfreien Mitnutzung bereit. So wurde durch den Brandenburgischen IT-Dienstleister (ZIT-BB) das „besondere Behördenpostfach“ (beBPo) für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming freigeschaltet. Die zur Nutzung erforderliche und ebenfalls durch den ZIT-BB bereitgestellte Software „Governikus Communicator“ wurde durch den IT-Service der Kreisverwaltung installiert und konfiguriert. Das beBPo gewährleistet die sichere und vertrauliche elektronische Kommunikation mit Gerichten sowie anderen Behörden über eine Virtuelle Poststelle. Über diesen Weg wird zukünftig auch der Zugang von elektronischen Rechnungen, adressiert über eine Leitweg-ID, für die Kreisverwaltung realisiert. Die internen Prozesse für den elektronischen Rechnungseingang werden in der Projektgruppe „e-Rechnung“ definiert und sukzessive in die verwaltungsinternen Prozesse implementiert.

Über das besondere Behördenpostfach (beBPo) wird eine einfache elektronische Kommunikation mit der Justiz sowie Rechtsanwälten, Notaren und anderen Behörden abgesichert. BeBPo ermöglicht die Übertragung von großen Datenmengen. Getestet wird derzeit die digitale Übergabe von notariellen Kaufverträgen, die bisher der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses lediglich in analoger Form übergeben wurden.

Mit der nach langjähriger Vorbereitung nun bald anstehenden Einführung des virtuellen Bauamtes durch die Landesebene und die Einführung der neuen Version des Fachverfahrens ProBauG in unserer Unteren Bauaufsichtsbehörde, wonach das Fachverfahren mit den Fachschalen ProUmwelt und ProDenkmal auch in der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Denkmalschutzbehörde nutzbar gemacht werden soll, werden weitere Möglichkeiten für die Digitalisierung der Arbeit der Unteren Bauaufsichtsbehörde, der Unteren Naturschutzbehörde und der Denkmalschutzbehörde eröffnet.

Die Digitalisierung des Kataster- und Vermessungsamtes ist sehr weit fortgeschritten. Sämtliche Flurkartenbestände sind digitalisiert. Die Nutzung der Liegenschaftskarte in digitalen Dateiformaten gewinnt durch die Open-Data-Angebote zunehmend an Bedeutung. Seit Dezember 2019 steht das Bereitstellungsportal allen Katasterbehörden und öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zur Information und zum Datenaustausch zur Verfügung. An 140 Betreiber von graphischen Informationssystemen, das sind Städte und Gemeinden des Landkreises, Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger, wurden 2019 umfangreiche digitale Datenbestände, rund eine Million flurstückbezogene Datensätze in verschiedenen Dateiformaten herausgegeben. Die 800 Anträge im Bereich Messungsvorbereitung laufen durch

¹ Gesetz über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) vom 23. November 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 28])

das gemeinsame Bereitstellungsportal aller Katasterbehörden nun ausschließlich über das Geoportal des Landes.

Zu Frage 7:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und zum sparsamen Mittelumgang ist seit 2014 die Maßnahme Prüfung Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes benannt. Ein Konzept zur Umsetzung und damit eine mögliche Entscheidung über die Schließung der Zulassungsstelle in Zossen liegen bisher nicht vor. Im Zusammenhang mit der Umsetzung eines in der Erarbeitung befindlichen Gebäude- und Liegenschaftskonzeptes soll diese Entscheidung getroffen werden. Der Kreistag wird an diesen Prozess beteiligt.

Der Bericht der Firma „PricewaterhouseCoopers International“ 2013 hat darauf hingewiesen, dass der Betrieb von mehreren Außenstellen aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu vertreten ist. Das Objekt in der Stadt Zossen, in dem die Zulassungsstelle untergebracht ist, befindet sich nicht im Eigentum des Landkreises. Der Landkreis ist nicht alleiniger Nutzer. Die Nutzung von Räumen erfolgt auf der Basis eines Mietvertrags, der 1993 abgeschlossen wurde. Im Jahr 2016 wurde der Mietvertrag bis März 2022 verlängert. Von 1993 bis heute sind 3 Mio. € Mietkosten entstanden. Die Betriebskosten sind dabei nicht inbegriffen.

- Welche Einsparungen werden damit erzielt?
Folgende wirtschaftliche Erwägungen werden einer Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes zu Grunde gelegt:
 1. Vorwiegende Nutzung kreiseigener Liegenschaften.
Angesichts der Verknappung der in den Kommunen verfügbaren Bauflächen, insbesondere für das Marktsegment „Gewerbe“, nimmt der Wert von Immobilientransaktionen auch für „Gewerbe“ zu². Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren die Höhe von Mietzinsen für entsprechende Flächen deutlich steigen lassen.
 2. Der Aufwand für die laufende Bewirtschaftung von Gebäuden und Grundstücken an verschiedenen Standorten ist zu verringern. Die Ausgaben wegen der mehrfachen Vorhaltung von technischer Infrastruktur (vorwiegend IT-Netzwerke, etc.) und deren Wartung, der Schutz und Sicherung von Objekten usw. können gespart werden. Einsparpotenziale bestehen auch im Bereich der Organisation und Sicherstellung von Fahrdiensten, Postverkehr bis hin zum Aufwand für Führung und Leitung des Amtes.
 3. Das Personalmanagement ist an einem Standort effizienter möglich.
- Was passiert mit dem Objekt?
Über eine Verwendung des Objekts entscheidet ausschließlich dessen Eigentümer.
- Welche Kosten sind mit der geplanten Außenstelle in Blankenfelde-Mahlow verbunden?
In der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow ist gegenwärtig kein Objekt für das Straßenverkehrsamt vorgesehen.
- Welche Kosten sind mit der geplanten Erweiterung bzw. einer neuen Zulassungsstelle in Luckenwalde verbunden?
Das Objekt in Luckenwalde befindet sich im Eigentum des Landkreises und wird seit 2006 als Zulassungsstelle genutzt. Ende des Jahres 2016 wurde hier das Sachgebiet Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen zentralisiert.
In dem Objekt werden seit 2017 bauliche Mängel sichtbar, die u. a. bei Starkniederschlägen zu Wassereintrüben führen. Der bauliche Zustand erfordert dringend eine Sanierung, die über provisorische Maßnahmen hinausgeht. Für eine Sanierung des Gebäudedaches wurden deshalb im Haushaltsplan 2020 Ausgaben in Höhe von zunächst 180.000 Euro geplant. In der Planungsphase zeigte sich, dass die Aufwendungen für die Entsorgung des Altmaterials weit über den Erwartungen liegen. Die Baukosten werden nunmehr in Höhe von 300.000 € erwartet.

Bei der Planung der Baudurchführung zeigte sich weiterhin, dass eine Dachsanierung im fortlaufenden Verwaltungsbetrieb der Führerscheinstelle, so wie es geplant war, nicht möglich

² Grundstücksmarktbericht 2019 des Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming, Juni 2020

ist. Die Mittel für eine Sanierung des Gebäudedaches stehen aktuell nicht zur Verfügung. Für den Betrieb der Zulassungsstelle und die Führerscheinstelle ist deshalb kurzfristig ein Ausweichobjekt notwendig. Dieses muss neben dem ordentlichen Betrieb eine gute Anbindung sichern und über ausreichend Parkplätze verfügen. Nach Prüfung ist in der Kreisstadt Luckenwalde im Biotechnologiepark an der B 101 ein Ausweichobjekt angemietet worden. Über konkrete weitergehende Maßnahmen ist derzeit noch nicht entschieden.

Zu Frage 8:

Aufgrund der verfügbaren Raumkapazitäten sind im Objekt Luckenwalde gegenwärtig vier Arbeitsplätze für Zulassungen vorhanden. Die Räume der Zulassungsstelle Zossen verfügt über 12 Serviceschalter.

Eine explizite Statistik über die Anzahl der an den Standorten jeweils bearbeiteten Fälle ist nicht verfügbar, aber die Personalstellen sind natürlich ein wichtiges Indiz dafür, dass die Zulassungsstelle in Zossen über eine größere Leistungsfähigkeit verfügt. Eine Aussage über die Leistungsfähigkeit ermöglichen die Daten über den Zutritt nach vorheriger Terminvereinbarung des Monats Mai 2020. Von den 2.082 Antragstellern, die durchaus mehrere Zulassungen/Anträge stellen können, konnten 23 % ihren Antrag in der Zulassungsstelle Luckenwalde stellen und 77 % haben Zutritt in der Zulassungsstelle Zossen erhalten.

Zu Frage 9:

Eine umfassende Statistik der Geschäftsvorfälle nach Wohnort ist nicht verfügbar. Aus der statistischen Kennzahl Anzahl der Antragsteller pro 1.000 Einwohner, die im Mai 2020 = 12,6 beträgt, und die jeweilige Einwohnerzahl ergibt sich folgende Prognose über die Verteilung der Vorgänge auf die Gemeinden. Ob diese Verteilung das tatsächliche Antragsgeschehen hinreichend darstellt, kann damit nur überschlägig gesagt werden.

Übersicht 1 – Prognose über die Verteilung der Vorgänge auf Gemeinden

Lfd.-Nr.	Stadt/Gemeinden/Amt	Einwohner	Anzahl der Antragsteller (Mai 2020)
1	Am Mellensee	6.747	85,0
2	Baruth/Mark	4.137	52,1
3	Blankenfelde-Mahlow	27.380	345,0
4	Großbeeren	8.227	103,7
5	Jüterbog	12.308	155,1
6	Luckenwalde	20.521	258,6
7	Ludwigsfelde	25.245	318,1
8	Niederer Fläming	3.093	39,0
9	Gemeinde Niedergörsdorf	6.105	76,9
10	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	6.623	83,4
11	Gemeinde Rangsdorf	11.163	140,7
12	Stadt Trebbin	9.474	119,4
13	Stadt Zossen	18.115	228,2
14	Amt Dahme/Mark	6.177	77,8